

**Bericht**  
**des Haushaltsausschusses**  
**(13. Ausschuß)**  
**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**  
**über den von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines**  
**Gesetzes zur Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete**  
**— Drucksachen V/2078, V/2797, zu V/2797 —**

**Bericht des Abgeordneten Westphal**

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 1. April 1968 den Gesetzentwurf — Drucksache V/2078 — in der Fassung des Schriftlichen Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen — Drucksache V/2797 — gemäß § 96 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages behandelt. Der Ausschuß hat festgestellt, daß die Personal- und Sachkosten für den Bundesbeauftragten für den Steinkohlenbergbau und die Steinkohlenbergbaugebiete und die zu schaffende Bundesoberbehörde einschließlich des Kohlenbeirats an Hand einer besonderen Vorlage der Bundesregierung — auf Grund der Ermächtigungen im Haushaltsgesetz und in der Reichshaushaltsordnung — noch zu bewilligen sein werden.

Die Kosten für das Abfindungsgeld sind bereits im Entwurf des Bundeshaushaltsplans 1968 enthalten.

Die durch den Gesetzentwurf entstehenden Steuerzufälle bedingen keine Änderung der Steuerschätzungen und können im Rahmen des Haushalts 1968 aufgefangen werden.

§ 16 des Gesetzentwurfs erfordert eine Ermächtigung des Haushaltsgesetzes zu Bürgschaften bis zu einem Gesamtbetrag von 2 000 000 000 DM. Der Bürgschaftsrahmen des § 23 des Entwurfs eines Haushaltsgesetzes 1968 muß daher von 16 400 000 000 DM um 1 700 000 000 DM auf 18 100 000 000 DM erhöht werden. Hierzu ist die Annahme eines entsprechenden Änderungsantrages notwendig.

Unter diesen Voraussetzungen sieht der Haushaltsausschuß die Vorlage als mit der Haushaltslage vereinbar an.

Änderungsanträge mit finanziellen Auswirkungen, die zur zweiten und dritten Beratung eingebracht werden, werden durch diesen Bericht nicht gedeckt.

Bonn, den 1. April 1968

**Der Haushaltsausschuß**

**Schoettle**  
Vorsitzender

**Westphal**  
Berichterstatler

*erledigt in der 166. Plenarsitzung am 3. April 1968*